

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

17. Ministerrat

6. Mai 2020

1. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 24. April 2020, mit dem ein Beschluss vom 24. April 2020 betreffend „Personalmanagement LandeslehrerInnen (PM-LL)“ vorgelegt wird.
2. E 22-NR/XXVII.GP vom 22. April 2020 betreffend „ein Bundesgesetz mit dem die Zahlung von Staatshilfen anlässlich der COVID-19-Krise an Unternehmen mit Sitz in Steueroasen verboten wird“ (Wortlaut siehe Beilage).
3. E 23-NR/XXVII.GP vom 22. April 2020 betreffend „verpflichtender und unabhängiger Klimacheck“ (Wortlaut siehe Beilage).
4. E 24-NR/XXVII.GP vom 22. April 2020 betreffend „Sofortmaßnahmen zur Einhaltung der nationalen Klimaziele“ (Wortlaut siehe Beilage).
5. E 25-NR/XXVII.GP vom 22. April 2020 betreffend „Maßnahmen zum Schutz unserer wertvollen Böden“ (Wortlaut siehe Beilage).
6. E 27-NR/XXVII.GP vom 22. April 2020 betreffend „Up-Skirting-Verbot“ (Wortlaut siehe Beilage).
7. E 28-NR/XXVII.GP vom 22. April 2020 betreffend „stärkere Verankerung und Implementierung von Klima-, Natur- und Umweltschutz sowie Nachhaltigkeit und von ökologisch verantwortungsbewusstem Handeln als Grundbestandteil der Allgemein- und Bewusstseinsbildung in den Lehrplänen“ (Wortlaut siehe Beilage).
8. E 29-NR/XXVII.GP vom 22. April 2020 betreffend „Entwicklung eines Konzepts zur Ermöglichung des Quereinstiegs in den Beruf einer Pädagogin oder eines Pädagogen“ (Wortlaut siehe Beilage).

EntschlieÙung des Nationalrates vom 22. April 2020

betreffend ein Bundesgesetz mit dem die Zahlung von Staatshilfen anlässlich der COVID-19-Krise an Unternehmen mit Sitz in Steueroasen verboten wird

Die Bundesregierung wird aufgefordert dem Nationalrat einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der Zahlungen der öffentlichen Hand, die im Zusammenhang mit der Ausbreitung von COVID-19 und den dadurch verursachten wirtschaftlichen Auswirkungen getätigt werden, an Unternehmen ausschließt, bei denen der Sitz bzw. der Sitz der Muttergesellschaften in einem Staat der EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke liegt.

EntschlieÙung des Nationalrates vom 22. April 2020

betreffend verpflichtender und unabhängiger Klimacheck

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, der Bundesminister für Finanzen und der Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport, werden ersucht, auf Basis des Regierungsprogrammes dem Nationalrat ehestmöglich einen Gesetzesentwurf zur Einführung eines verpflichtenden und unabhängigen Klimachecks vorzulegen.

EntschlieÙung des Nationalrates vom 22. April 2020

betreffend Sofortmaßnahmen zur Einhaltung der nationalen Klimaziele

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, wird ersucht, umgehend weitere Verhandlungen über die Stärkung bestehender oder Einführung zusätzlicher Maßnahmen im Sinne des Klimaschutzgesetzes und des § 28 Abs 3 Finanzausgleichsgesetzes zu führen und überdies Sofortmaßnahmen für die Erreichung der Klimaschutzziele im Sinne des Regierungsprogrammes zu ergreifen.

Entschließung des Nationalrates vom 22. April 2020

betreffend Maßnahmen zum Schutz unserer wertvollen Böden

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus und die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, wird ersucht, folgende Maßnahmen zum Schutz unserer wertvollen Böden zu setzen:

- Raumplanerische Aspekte des Klimaschutzes sollen durch eine (auf den derzeit schon bestehenden Bundeskompetenzen basierende) gesetzliche Regelung zur Fachplanungskompetenz des Bundes geregelt werden.
- Erarbeitung einer österreichweiten Bodenschutzstrategie für sparsameren Flächenverbrauch unter anderem in Umsetzung der ÖROK-Empfehlungen und zur Einhaltung des Zielpfads zur Reduktion des Flächenverbrauchs auf netto 2,5 ha/Tag bis 2030
- Förderung und Erweiterung von Brachflächenrecycling
- Bundesweites Monitoring zum Bodenverbrauch und zur aktuellen Schadstoffbelastung
- Leerstandsmanagement (Leerstandserhebung, -datenbank und -aktivierung)
- Förderung der Baukultur
- Forcierung der Vertragsraumordnung zur Baulandmobilisierung und Schaffung von neuem nachhaltigen und sozial leistbarem Bauland
- Stärkung der überregionalen Raumplanung

27/E XXVII. GP

EntschlieÙung des Nationalrates vom 22. April 2020

betreffend Up-Skirting-Verbot

Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat einen Gesetzesvorschlag zuzuleiten, der die unbefugte Herstellung von Bildaufnahmen des Intimbereichs einer anderen Person, indem unter deren Bekleidung fotografiert oder gefilmt wird (Up-Skirting), unter Strafe stellt.

EntschlieÙung des Nationalrates vom 22. April 2020

betreffend stärkere Verankerung und Implementierung von Klima-, Natur- und Umweltschutz sowie Nachhaltigkeit und von ökologisch verantwortungsbewusstem Handeln als Grundbestandteil der Allgemein- und Bewusstseinsbildung in den Lehrplänen

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, wird ersucht, die aktuell gültigen Lehrpläne auf „umweltpolitische Bildung“ zu prüfen und eventuelle Lücken zu schließen. Klima-, Natur- und Umweltschutz sowie Nachhaltigkeit und ökologisch verantwortungsbewusstes Handeln sollte stärker als Grundbestandteil der Allgemein- und Bewusstseinsbildung in den Lehrplänen verankert und implementiert werden.

EntschlieÙung des Nationalrates vom 22. April 2020

betreffend Entwicklung eines Konzepts zur Ermöglicung des Quereinstiegs in den Beruf einer Pädagogin oder eines Pädagogen

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, wird ersucht, ein neues Konzept zum Quereinstieg in den Beruf einer Pädagogin oder eines Pädagogen vorzulegen bzw. dafür einen breiten Einstieg zu ermöglichen. Der Quereinstieg soll vor allem berufserfahrenen Akademikerinnen und Akademikern offenstehen und ihnen ermöglichen, die notwendige pädagogische Qualifikation zu erwerben. Ziel ist es, neue Wege ins Lehramt zu eröffnen, damit ein Einsatz von Quereinsteiger/innen vor allem dann zum Tragen kommt, wenn keine ausgebildeten Lehrerinnen oder Lehrer zur Verfügung stehen.